

**Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien, 18. Wahlperiode,
10. Sitzung vom 26. und 27. Juni 2006 (1. Sitzungstag vom 26. Juni 2006)
02535-2006/0001-GFW; P 1: Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2005,
Geschäftsgruppe Umwelt**

GR Siegi Lindenmayr (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn man meinen Vorrednern zugehört hat, dann müsste man sich vielleicht wirklich schon zu fürchten beginnen! Aber es gehört eben nun einmal zum Geschäft der Opposition, Kritik zu üben. Glücklicherweise gibt es aber internationale und nationale Benchmarks, die über Wien ganz anderes aussagen. (*GR Mag Alexander Neuhuber: Reden Sie über die BAWAG?*)

Da möchte ich gleich noch einmal die Mercer-Studie zitieren, die heute bereits zweimal erwähnt worden ist, aber man kann das gar nicht oft genug wiederholen. In dieser Mercer-Studie haben auch Umwelt-Faktoren wesentlichen Stellenwert, und diesbezüglich liegt Wien bekanntlich an vierter Stelle hinter Zürich, Genf und Vancouver, und das bei 215 weltweit untersuchten Städten.

Bei den Arbeiten für das Statistische Jahrbuch hat sich klar herausgestellt – und ich beziehe mich jetzt direkt auf die Worte meines Vorredners –, dass immer weniger Menschen aus Wien abwandern, und ich ersuche den Kollegen, nicht einfach irgendwelche Zahlen zu erfinden, sondern jenes Material zu verwenden, das auch öffentlich zugänglich ist!

Außerdem hat es im Berichtszeitraum noch ein Benchmark betreffend die Politik der SPÖ und insbesondere die Umweltpolitik der SPÖ gegeben: Ich kann das Ergebnis der letzten Wiener Wahlen als bekannt voraussetzen, es gab eine noch höhere Zustimmung zur SPÖ als im Jahr 2001. Die Wienerinnen und Wiener sind also zu Recht stolz auf Wien und honorieren das auch! (*Beifall bei der SPÖ.*)

An dieser Stelle möchte ich festhalten, dass im Jahr 2005 im Umweltressort insgesamt 190 Aktenstücke zur Abstimmung gestanden sind. Davon wurden 142 einstimmig beschlossen, das sind 75 Prozent. Vom restlichen Viertel wurden 16 abgelehnt und fünf allein beschlossen, die restlichen 27 wurden zumindest mit einer Oppositionspartei mit beschlossen.

Noch einmal: 75 Prozent aller Aktenstücke wurden einstimmig beschlossen, und das zeigt doch ein ganz anderes Bild, als vorhin dargestellt wurde!

Kritik ist aber das Hauptgeschäft der Opposition, und bei der FPÖ haben wir ja heute eine Selbstoffenbarung erlebt: Die FPÖ hat zum Thema Umwelt nichts zu sagen, wie der Redner der FPÖ ganz klar bewiesen hat.

Wenn der Klubobmann der ÖVP meint, dass wir uns ein Beispiel an Wolfgang Schüssel nehmen sollen, dann muss ich sagen: Die beiden Wiener Oppositionsparteien, also Blau und Orange, was eh das Gleiche ist, und Schwarz, die die gemeinsame Bundesregierung stellen, tragen nicht zur Problemlösung bei, sondern gehören mit zum Problem beim Thema Umwelt. Für sie ist Umweltschutz nur ein Kostenfaktor, der die Gewinne der Industrie schmälert. Wirtschaftsminister Bartenstein hat der Wirtschaft öffentlich zugestanden, jährlich 34 Millionen Tonnen CO₂ gratis in die Luft blasen zu dürfen. – Zitat Bartenstein: „Das wäre für die Wirtschaft gerade noch verkraftbar.“

34 t CO₂ jährlich sind 15 kg täglich pro Kopf. Da denkt von der ÖVP niemand an die Zukunft, an die Kinder und an die Umwelt. Daran sollen wir uns ein Beispiel nehmen? Also das verstehe ich nicht ganz! Wichtig sind für die Regierung nur mehr hohe Unternehmensgewinne, die Menschen sind zweitrangig geworden! (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das erzählen Sie uns aber nicht!*)

Österreich wird daher die Kyoto-Ziele ganz klar verfehlen. Denn bis zum Jahr 2010 sollten wir ein Minus von 13 Prozent erreichen und derzeit liegen wir bei einem Plus von 16,6 Prozent. 2010 ist bekanntlich nicht mehr so weit entfernt und Österreich, wieder ein Benchmark, ist innerhalb der EU auf den vorletzten Platz abgerutscht.

Im April 2005 hat der EU-Umweltministerrat eine kräftige Reduktion der klimaschädlichen Gase gefordert, aber Wolfgang Schüssel, hat, weil er sekkert wurde, ein Veto gegen den Umweltschutz eingelegt, weil er - Zitat: „weitere wissenschaftliche Erkenntnisse abwarten wolle.“

Österreich hat auch in der Gentechnik versagt. Unter der EU-Präsidentschaft des Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel, den Sie uns da so gern als Beispiel vorhalten, fördert die EU massiv den Atomstrom. Österreich hat 2005 auch die Förderungen für alternative Energien drastisch verringert. Wien wird sich daher ganz sicher kein Vorbild an Wolfgang Schüssel nehmen! (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Aber die EU besteht schon aus 25!*)

Sehr geehrte Damen und Herren, Wien ist seit vielen Jahren Umweltmusterstadt, hat vor fünf Jahren mit dem Klimaschutzprogramm KliP ein besonders ehrgeiziges und engagiertes Umweltprogramm ins Leben gerufen (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Da fehlt aber noch viel!*) und ruht sich nicht auf den Lorbeeren aus. Wien ist jetzt auf dem Weg zur Klimamusterstadt.

Vor 100 Jahren wurde der Grundstein für einen Grüngürtel rund um unsere Stadt gelegt. Mittlerweile ist das Schutzgebiet doppelt so groß als noch vor 100 Jahren und umfasst ganze 12 000 ha. Das alles ist kein Zufall. Der Grüngürtel muss auch für die nächsten Generationen noch ausgebaut und geschützt werden.

Wien hat 100 000 Alleebäume. 18 Prozent der Stadfläche sind mit Wald bedeckt. Ein Drittel der Fläche sind Schutzgebiete nach dem Wiener Naturschutzgesetz.

Eine weitere wichtige Maßnahme der letzten Zeit war beispielsweise der KWK-Zuschlag für Energie, damit die Energieversorgung ökologisch umgebaut werden kann, die thermische Wohnhaussanierung, die den Heizenergieverbrauch deutlich senkt.

Wien hat auch dafür gesorgt, dass die Freisetzung gentechnisch manipulierter Pflanzen verboten ist. Das wird dann meine Kollegin noch genauer erklären.

Weil die Gebührenerhöhung erwähnt worden ist: Ich möchte mich gar nicht im Detail darauf einlassen (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Eh besser!*), denn wir haben das im Februar dieses Jahres ausdrücklich und lange diskutiert. Da wurde ganz klar festgestellt, dass bei vielen ÖVP-regierten Städten die Gebühren wesentlich höher sind und auch kein solches Service wie in Wien stattfindet, beispielsweise Müllentleerung nur einmal im Monat et cetera et cetera. Das ist also alles nicht vergleichbar. Auch hier können wir uns sehr gut mit anderen Städten national und international vergleichen.

Allein die Bemerkungen, die hier von diesen beiden Oppositionsparteien gemacht werden, sind eigentlich unglaublich, denn wir haben seit Antritt dieser Bundesregierung die höchste Abgaben- und Steuerquote der Zweiten Republik. In Wien wurden gerade zwei Abgaben erhöht, eine nach elf Jahren und eine nach vier Jahren. Das war im Interesse, zur Sicherung und zum Ausbau der hervorragenden Ver- und Entsorgung einfach notwendig. Eine Notwendigkeit ist weiters durch den sinkenden Ertragsteil des Bundes gegeben.

Es ist darüber hinaus notwendig, die finanziellen Spielräume in dieser Stadt auch für die Zukunft sicherzustellen. Im Gegensatz zur Bundesregierung arbeiten wir mit Augenmaß. Die Bundesregierung hat bekanntlich den Begriff "Nulldefizit" geprägt, aber in Wahrheit die höchste Steuerverschuldung der Zweiten Republik verursacht.

Was machen wir mit den Geldern für Wien? Die dritte Müllverbrennungsanlage kostet 220 Millionen EUR. Die Biogasanlage kostet 13 Millionen EUR. Das größte Biomassekraftwerk Österreichs kostet 55 Millionen EUR. Die EBS, die im vergangenen Juni eröffnet worden ist, kostet 225 Millionen EUR. Das Geld wird also in Wien sehr gut angelegt. Wir haben beispielsweise auch Solekehrmaschinen angeschafft und halten im Bereich der Müllentsorgung und im Bereich der Abwassergebühr jedem nationalen und internationalen Vergleich stand. In den Gewässerschutz und in moderne Abwasserentsorgung wurden in den letzten fünf Jahren zusammen über 400 Millionen EUR investiert. Wir investieren in moderne und flüsterleise Altglasbehälter, erst dieser Tage bekannt gegeben. Wir investieren in Filter beim Flötzersteig. Während die Bundesregierung das Geld immer nur zum Löcherstopfen und zur Umverteilung von den Armen und Reichen verwendet, gehen wir mit Steuermitteln sorgsam um. Wir investieren in die Zukunft. Genau deshalb nehmen wir uns kein Beispiel an Wolfgang Schüssel! (*GR Mag Alexander Neuhuber: 900 Millionen EUR kostet die BAWAG dem Steuerzahler!*)

Einige Beispiele: Umweltbildung fängt bei den Kindern an. Erlebnis, Unterhaltung, Lernen, Erfahrung, unter diesem Begriff, abgekürzt "EULE", wurde das Angebot im Bereich der Umweltbildung für Schulen, Kindergärten und Familien auch im Jahr 2005 weiter ausgebaut. Neu im Programm sind etwa ein Filmverleih, die Wasserschule, in der kleine Wasserratten spielerisch etwas über das Lebensmittel Nummer 1, nämlich Wasser, lernen, oder die Biobox, mit der der Unterschied zwischen biologischer und konventioneller Landwirtschaft näher gebracht wird.

Auch in der neu errichteten Stadt für Kinder, in "Minopolis", bietet das Umweltressort spielerischen Zugang zum Umweltschutz. Konkret lernen die jungen BesucherInnen in einer Station der MA 48 und in einer der MA 30 – Wien Kanal alles rund ums Müllvermeiden, rund ums Mülltrennen und über die Bedeutung des Kanals für die Lebensqualität in dieser Stadt.

Zum ÖkoBusinessPlan: Umwelt und Wirtschaft sind kein Widerspruch für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Ganz im Gegenteil, im Rahmen des ÖkoBusinessPlans Wien wurden von 466 Wiener Betrieben bisher über 8 000 Umweltmaßnahmen gesetzt. Die Entlastung für die Umwelt ist beeindruckend, über 107 000 t weniger Abfall. Das entspricht, weil derzeit Fußball aktuell ist, 1,26 Mal dem Volumen des Ernst-Happel-Stadions oder 55,8 Millionen eingesparten Transportkilometern, was wiederum 1 717 Erdumrundungen entspricht. Die Betriebe haben dabei 24 Millionen EUR eingespart. Jedes Jahr wächst die Anzahl der teilnehmenden Betriebe aus allen Branchen. Im Bereich Tourismus etwa gibt es nun bereits 73 Betriebe, vom Beisl bis zum Fünfsternehotel, die ihre Gäste umweltfreundlich verwöhnen.

Vom ÖkoBusinessPlan zum Klimaschutz: Die Geschäftsgruppe Umwelt arbeitet eng mit der Klimakoordinationsstelle zusammen. Im Rahmen des Klimaschutzprogramms der Stadt Wien, KliP, werden jährlich 2 Millionen Tonnen CO₂ eingespart.

Im Zentrum des Jahres 2005 stand die Aktion "Sonne für Wien", bei der unter der Schirmherrschaft von Bgm Häupl und StRin Ulli Sima zahlreiche bewussteinbildende und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen gesetzt worden sind. Der Erfolg kann sich sehen lassen. Wiens Solarförderung wurde zum ersten Mal vollkommen ausgeschöpft. Damit wurden 2 136 m² Kollektorfläche installiert.

Auch in den Lärmschutz investiert die Stadt Wien einiges, nämlich zur Minderung von Schienenlärm jährlich 1,8 Millionen EUR. Im Jahr 2005 wurden weitere Verträge unterzeichnet. Konkret ist die Lärmreduktion durch Lärmschutzwände und die Förderung von Lärmschutzfenstern der AnrainerInnen im Bereich Bahnhof Wien-

Nord/Hellwagstraße an der Schnellbahnstammstrecke gesichert.

2005 war auch der Feinstaub im doppelten Sinne des Wortes in aller Munde. Allerdings ist nur ein kleiner Teil des Feinstaubes in Wien hausgemacht. Von 100 Prozent Staubbelastung hat Wien einen Anteil von 25 Prozent, 60 Prozent kommen aus dem Ausland, 15 Prozent aus dem restlichen Österreich. Auch hier arbeitet die blau-schwarz-oranger Bundesregierung kontraproduktiv. Von den gesetzlich fixierten 60 Millionen EUR für zusätzliche Leistungen für den öffentlichen Personennahverkehr wurden gerade 7 Millionen EUR zur Verfügung gestellt. Das sind gerade einmal ein bisschen mehr als 10 Prozent. Umschichtungen erfolgen im Generalverkehrsplan leider zu Gunsten des motorisierten Individualverkehrs, beispielsweise durch den Südbahnausbau, und Einsparungen gibt es bei der Bahn.

Aber wir in Wien setzen dennoch Maßnahmen. So arbeitet beispielsweise im Auftrag der MA 22 ein Expertenteam der Technischen Universität an einer chemischen Analyse der Feinstaubquellen und ein Wiener Emissionskataster wird erstellt. Auch der Fuhrpark der Stadt Wien wird ständig erneuert.

Im Rahmen des ressortübergreifenden Projekts "ULI - Urbane Luftinitiative" wurden zwei umfassende Maßnahmenpakete gegen Feinstaub erlassen. Neben Partikelfilterpflicht für Baumaschinen und einem Fahrverbot für Euro-0-LKWs gilt in Wien künftig Tempo 50, ausgenommen Autobahnen, Schnellstraßen und einige hochrangige Ausfallsstraßen.

Daneben werden in die Umstellung des Winterdienstes 7,5 Millionen EUR investiert. Die Splittmenge wird damit reduziert. Die MA 48 hat die Feuchtsalztechnologie optimiert. Das sorgt trotz geringerer Splittmengen für größtmögliche Sicherheit der AutofahrerInnen und FußgängerInnen, schont aber auch den Boden, die Pflanzen und das Grundwasser. Darüber hinaus hat die MA 48, ich habe es bereits erwähnt, die neuen Solekehrmaschinen mitentwickelt. Dabei kann auch bei Minusgraden der Splitt eingekehrt werden, also schon viel früher, und man muss nicht erst auf Plusgrade warten.

Das Straßennetz, das die MA 48 betreut, umfasst 2 800 km. Das entspricht der Entfernung Wien - Lissabon. Die zu betreuende Fläche, um wieder zu einem Fußballvergleich zu kommen, beträgt mehr als 40 Millionen Quadratmeter, das entspricht 5 200 Fußballfeldern. 1 400 Mitarbeiter und 442 Fahrzeuge, stadteigene und private, werden im Winter eingesetzt.

Noch eine Zahl: Laut der Zentralanstalt für Meteorologie hat der Schneefall im Berichtszeitraum eine Höhe von 150 cm erreicht. Demnach mussten über 100 000 m³ Schnee abgeführt werden. Ein Jahr vorher waren es wesentlich weniger als die Hälfte, nämlich 40 000 m³.

Die Maßnahmen gegen Feinstaub betreffen alle Feinstaubverursacher, so auch die Bauwirtschaft. Dort sind künftig Partikelfilter für Bagger und Baumaschinen vorgeschrieben.

Als ständiges Service für die Wienerinnen und Wiener sind auf 18 Lagerplätzen der MA 48 Mistplätze eingerichtet, die der Bevölkerung von 7 Uhr bis 18 Uhr zur Verfügung stehen. Inklusiv des Mistplatzes Kagran haben im letzten Jahr über 2 Millionen Kunden die Mistplätze frequentiert.

Die Hundehaltung wurde eher etwas disqualifiziert, aber heute auch schon erwähnt. Die war auch in Wien ein Thema. Die Vorbereitungen für den Wiener Hundeführerschein wurden abgeschlossen. Seit 1.1.2006 können Wiens Hundehalter nun freiwillig die Prüfung für den Wiener Hundeführerschein ablegen. Dazu hat die Tierschutzombudsstelle Wien einen neuen Ansatz in der Hundeausbildung entwickelt. Es geht nicht um den Gehorsam des Tieres, sondern darum, dass Hund und Halter als eingespieltes Team die Herausforderungen des Großstadttags stressfrei für Mensch und Tier bewältigen. Die Freiwilligkeit der Hundehalter wird auch belohnt. Sie ersparen sich für ein Jahr die Hundeabgabe.

Neu ist auch die Versicherungspflicht für Hunde, die nach dem 1.1.2006 in Wien geboren wurden. Die Deckungssumme beträgt mindestens 725 000 EUR für Schadensfälle.

Ein weiterer Schwerpunkt 2005 war der Gewässerschutz. Planmäßig wurde die modernste Kläranlage Europas eröffnet. Das Herzstück des Wiener Gewässerschutzprogramms ist die Erweiterung der Hauptkläranlage in Wien-Simmering, die nach fünfjähriger Bauzeit im Juni 2005 eröffnet worden ist. Sämtliche in Wien anfallende Abwässer werden dort auf höchstem technischen Niveau entsorgt. Durch den Bau von 15 Reinigungslinien, deren Herzstück jeweils ein Nachklärbecken mit einem Durchmesser von mehr als 64 m ist, steigt die durchschnittliche Verweildauer des Abwassers in der Anlage von fünf auf 20 Stunden, der biologische Reinigungsgrad erhöht sich auf 95 Prozent und jede Sekunde werden 7 000 l biologisch gereinigt. Die großen Abwasserkanäle des 2 300 km langen Wiener Kanalnetzes werden als gigantische Zwischenspeicher mit einem Volumen von über 600 000 m³ genutzt. Ein aufwändiges Steuer- und Pumpsystem, die Wiener Kanalnetzsteuerung, sorgt dafür, dass das Abwasser kontrolliert in die Kläranlage gelangt. Mit der Nutzung der Sammelkanäle als Speicher erspart sich Wien die Errichtung von Überlaufbecken. Der Betrieb dieser Kanalnetzsteuerung wurde ebenfalls im vergangenen Jahr, im Jahr 2005, erfolgreich aufgenommen.

Damit und mit der Renovierung weiterer Kanäle, die ich jetzt aus Zeitgründen nur mehr stichwortartig erwähnen werde, kommt dazu, dass das Donauwasser Wien im Süden sauberer verlässt, als es bei Langenzersdorf nach Wien hereinkommt.

Beim Wientalkanal - ich mache das nur mehr stichwortartig - wurde erstmals in Wien ein Entlastungskanal als

Tiefkanal mit einem Innendurchmesser von 7,5 m, 30 m unter dem Gelände, hergestellt.

Der Liesingtalkanal wurde im Bachbett der Liesing mit einem Durchmesser von 2,4 m errichtet. Die Wasserqualität der Liesing wurde durch all diese Maßnahmen erheblich verbessert. Die Fertigstellungsarbeiten sind im Frühjahr 2006 abgeschlossen worden.

Zur Kläranlage Blumental: Parallel zu den Fertigstellungsarbeiten des Liesingtalkanals wurde im Herbst 2005 ein Umleitungsbauwerk vor der Kläranlage Blumental errichtet. Anfang 2006 wurden die bisher in der Kläranlage Blumental gereinigten Abwässer in den Liesingtalkanal und weiter zur Hauptkläranlage Wien geleitet.

Die Altlast Zentraltanklager Lobau wurde gesichert. Das ist eine Altlast, die während des Zweiten Weltkriegs durch Bombardierung entstanden ist. Im Jahr 2005 wurde auch der Bauteil 1, Absicherung der Altlast Gaswerk Leopoldau, abgeschlossen.

Im Rahmen der Abfallvermeidung wurden auch im letzten Jahr zahlreiche Projekte unterstützt, beispielsweise durch abfallvermeidende Maßnahmen in Klein- und Mittelbetrieben, die erstmals gefördert worden sind.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Ökologisierung von Veranstaltungen. Dabei wurden von der Stadt Wien eigene Mehrwegbecher produziert, die dazu beitragen, bei Veranstaltungen den Abfall wesentlich zu reduzieren.

Auch der Wiener Wasserkrug ist eines der Projekte der Abfallvermeidung.

"Rote Karte für den Mist": Unter diesem Motto ist im Mai eine Kampagne gestartet, die dem Phänomen Littering den Kampf ansagt. Littering bedeutet, man schmeißt sozusagen leider alles auf die Straße, was einem nur so einfällt, Wurstbrotpapier, Zigarettensummeln et cetera. Hier wurde durch Plakate, Inserate und Hörfunkspots einiges zu diesem Thema produziert. Ziel war es, die Wienerinnen und Wiener für die Sauberkeit ihrer Stadt zu sensibilisieren und konkrete Alternativen, zum Beispiel Taschenaschenbecher, Mistplätze oder Hundekotsackerl, vorzuschlagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Sozialdemokratische Umweltpolitik war immer vorausschauende Umweltpolitik. Für mögliche Probleme wurden rechtzeitig Lösungen erarbeitet, bevor ÖVP und FPÖ sich überhaupt ins Thema eingearbeitet haben. Was die FPÖ dazu zu sagen gehabt hat, haben wir gehört, nämlich gar nichts. Wien ist seit vielen Jahren Umweltmusterstadt. Wien ist darüber hinaus am Weg zur Klimamusterstadt. Dafür danke ich vor allem unserer StRin Ulli Sima und ihrem Büro! Dafür danke ich allen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Stadt, die im Umweltbereich unermüdlich Tag und Nacht für die Wienerinnen und Wiener und damit für uns alle tätig sind!
(Beifall bei der SPÖ.)